

Engagement motiviert



Ich muss gestehen: Es macht mir nicht immer gleich viel Spass, frühmorgens an einem Bahnhof Flyer zu verteilen oder abends mit Wähler:innen zu telefonieren. Wir alle haben Episoden der fehlenden Motivation, Energie oder Zeit. Aber meine Wahrnehmung der Alltagsschwierigkeiten und die Gespräche mit den Menschen erinnern mich an unser gemeinsames Ziel einer besseren, sozialeren und umweltfreundlicheren Welt. Und der Wille ist wieder zurück.

Wenn mir ein Vater am Telefon erzählt, dass seine Ehefrau nicht mehr als 40 Prozent arbeiten kann, da sie keine KiTa im Dorf haben, wird es mir wieder klar, dass ein guter, naher KiTa-Platz leider immer noch ein Privileg in der Schweiz ist. Wir brauchen eine landesweite Lösung für alle Kolleg:innen mit Kleinkindern. Es genügt nicht, dass die Situation der Kinderbetreuung sich nur in den Städten zunehmend verbessert.

Wir als Mitglieder der SP können gemeinsam etwas bewegen. Leider stehen nicht alle Menschen in unserem Land auf der Sonnenseite des Lebens. Mit den steigenden Lebensunterhaltskosten werden zu viele an die Grenze der Armut getrieben. Das berührt mich und motiviert mich, mich zu engagieren. Denn nur die SP vertritt sie im Parlament. Deshalb werden wir als SP nicht klein beigeben und weiterhin für die Schwächeren Partei ergreifen.

Bald sind National- und Ständeratswahlen. Es braucht eine starke Vertretung der SP Aargau im Nationalrat, sowie Gabriela Suter im Ständerat. Wir danken Euch allen, die sich an Stand- und Telefonaktionen engagieren, Flyer verteilen oder das persönliche Umfeld ermutigen, am 22. Oktober die SP zu wählen.

Nora Langmoen von Baden ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Badener Einwohnerrätin.



Gabriela Suter von Aarau ist SP-Nationalrätin. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat und für den Ständerat.

Der Fachkräftemangel bringt unsere KMU in Bedrängnis und erhöht den Druck auf die Angestellten. Viele Unternehmen suchen monatelang nach geeignetem Personal, während auf den Schultern der verbleibenden Mitarbeitenden ein immer grösseres Pensum lastet – besonders akut sind die Probleme in den Gesundheitsberufen. Nun braucht es kluge, zukunftsfähige Lösungen. Dank deiner Stimme werde ich mich im Ständerat einsetzen:

Für faire Löhne, gute Renten und bezahlbare Krankenkassenprämien

Schweizweit leben etwa 700 000 Personen in Armut. 300 000 da-

von sind Rentnerinnen und Rentner. Frauen sind besonders stark betroffen – jede fünfte Rentnerin lebt unter der Armutsgrenze. Es braucht den Ausgleich der Teuerung bei den Löhnen und Renten, eine Stärkung der AHV, mehr Prämientlastung und gleichzeitig wirksame Massnahmen gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen.

Mit unserer Prämientlastungsinitiative und der Initiative für eine 13. AHV-Rente haben wir schnell wirksame Lösungen parat.

Für wirksamen Klimaschutz und Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien

Nur wenn wir jetzt handeln und das Klima schützen, können auch unsere Kinder und Enkel in einer lebenswerten Welt aufwachsen. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien Sonne, Wind und Wasser stärken wir die Versorgungssicherheit und machen uns unabhängig von Öl- und Gaslieferungen aus diktatorischen Staaten. Unsere Klimafondsinitiative sorgt dafür, dass

die nötigen Investitionen getroffen werden können.

Für Chancengerechtigkeit und Massnahmen gegen den Fachkräftemangel

Frauen, ältere Arbeitnehmende und Menschen mit Behinderungen sollen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dafür braucht es bezahlbare Kita-Plätze, Lohngleichheit, mehr Teilzeitstellen, lebenslange Weiterbildungsmöglichkeiten und einen inklusiven Arbeitsmarkt. Dank unserer Kita-Initiative erhalten alle, die darauf angewiesen sind, einen guten Betreuungsplatz.

Bei den Wahlen im Oktober haben wir es in der Hand, die richtigen Weichen zu stellen. Es braucht eine Stärkung der SP im Parlament. Denn nur mit anderen Mehrheitsverhältnissen können unsere Lösungsvorschläge für eine soziale und ökologische Schweiz umgesetzt werden. Die Mobilisierung ist entscheidend. Bitte überzeuge dein Umfeld, SP zu wählen.

Herzlichen Dank!

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
208 · Ausgabe AG · September 2023



Für eine bessere Zukunft!

Wir stehen vor grossen Herausforderungen: Die Krankenkassenprämien und die Mieten steigen, in den Läden wird alles teurer. Vielen Menschen bleibt Ende des Monats immer weniger Geld im Portemonnaie. Die Klimakrise lässt unsere Gletscher schmelzen, führt zu Hitzewellen und Trockenheit, die wir auch im Aargau schmerzhaft spüren.

Alle reden von Kaufkraft – aber wie? Und warum?

Die SP Schweiz thematisiert im laufenden Wahlkampf neben der Blockade in der Gleichstellungspolitik und der Klimakrise vor allem auch die schwindende Kaufkraft. Kaufkraft? Zugegeben, das ist kein Begriff, der spontan ganze Säle erzittern lässt. Aber es geht, wenn wir von Kaufkraft sprechen, um etwas ganz Grundlegendes. Kaufkraft entscheidet sich in der Schweiz einerseits bei den Löhnen und den Renten und andererseits bei den Ausgaben für Mieten und Krankenkassenprämien, die mit Abstand grössten «Kaufkraftfresser».

Volkswirtschaftlich ist es ganz entscheidend, wie robust die Kaufkraft der Menschen ist, wie viel ihnen am Ende des Monats von Lohn und Rente noch übrig bleibt. Denn dem ganzen Gerede von Steuerwettbewerb für die grossen Konzerne zum Trotz: Der wichtigste Faktor für die Schweizer Binnenkonjunktur bleibt der Konsum der Menschen.

Aber ich denke, das ist eigentlich gar nicht der Kern, warum sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit Beginn ihrer Geschichte für die Kaufkraft der Menschen stark machen. Es geht um etwas viel Grundlegenderes. Es geht um Respekt, um Würde und um Anerkennung. Wenn wir für Mindestlöhne kämpfen, dann, weil wir Re-



Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und CO-Präsident der SP Schweiz.

spekt und Anerkennung verlangen für Menschen, die hart arbeiten, um gut leben zu können. Wenn wir für würdige Renten kämpfen, dann weil wir Respekt und Anerkennung verlangen für die Lebensleistung der Generation meiner Eltern und Grosseltern, die dieses Land aufgebaut haben, egal ob zu Hause bei den Kindern oder auf dem Bau oder im Büro. Und wenn wir für bezahlbare Krankenkassenprämien, Kitas und Mieten kämpfen, dann kämpfen wir für mehr Respekt dafür, dass es auch in der reichen Schweiz manchmal schwierig sein kann, über die Runden zu kommen oder ein Familienprojekt zu organisieren und zu finanzieren. Es ist genau dieser Respekt vor der tagtäglichen Leistung

der Bevölkerung, der in Bern in den letzten Jahren fast vollkommen abhandengekommen ist.

Den Vogel schießt die bürgerliche Mehrheit jetzt ab, wenn sie uns nach den Milliardenhilfen in der Corona-Zeit vor allem für Unternehmen (was richtig und wichtig war) und der zweiten Bankenrettung in-ner 15 Jahren (was weniger richtig war) ernsthaft weismachen will, wir hätten kein Geld für diesen Respekt. Das müssen wir uns ganz ernsthaft nicht bieten lassen. Genau darum gehen wir bis zum 22. Oktober zusammen auf die Strasse, telefonieren und überzeugen die Menschen davon, mit uns Partei zu ergreifen für die soziale Schweiz. Und gehen am 22. Oktober so wählen.

Die Preishämmer treffen nicht alle gleich – die Politik muss handeln!

Es sind regelrechte Hämmer, die in den letzten Wochen auf die Schweizer Bevölkerung einschlagen. Die Krankenkassenprämien werden nächstes Jahr bis zu 9 Prozent steigen und die Stromrechnungen werden explodieren.

Im Durchschnitt werden sie um 222 Franken pro Monat teurer. Und das alles, nachdem vor kaum drei Monaten der Referenzzinssatz erhöht wurde, was die ohnehin schon horrenden Mieten um rund 3 Prozent verteuert hat. Das alles in einer Zeit, wo die Teuerung die Preise von Nahrungsmitteln und von weiteren Konsumgütern in die Höhe treibt und die Löhne dieser Erhöhung



Mia Jenni von Obersiggenthal ist SP-Einwohnerin. Sie kandidiert am 22. Oktober für den Nationalrat.

nicht standhalten. Die Reallöhne sind 2021 um 0,8 Prozent und 2022 um 1,9 Prozent gesunken. In anderen Worten: Die Preise sind in den letzten beiden Jahren durchschnittlich um 2,7 Prozent stärker angestiegen als die Löhne.

Die Schweizer Bevölkerung, die Arbeiter:innen, stehen seit Monaten unter enormen Druck, und es wird immer heftiger. Am Ende des

Monats ist oft kaum oder kein Geld mehr im Portemonnaie übrig; die Kaufkraft sinkt.

Das hat sichtbare Folgen: Immer mehr Menschen in der Schweiz sind armutsbetroffen oder armutsgefährdet. Die Schweiz verzeichnet 2023 Höchststände von 1,2 Millionen armutsgefährdeten Personen und rund 800 000 Armutsbetroffenen. Was hier nüchtern klingt, ist

in jedem Einzelfall das Verzicht auf Mahlzeiten, auf soziale Kontakte oder Vereinstätigkeiten. Armut bedeutet nonstop Stress und Scham. Das ist weit entfernt von einem würdigen Leben für alle. Und was anderes sollte das Ziel der Politik sein, als der Schweizer Bevölkerung ein würdiges Leben zu ermöglichen? Nun, für die bürgerliche Politik ist das offensichtlich nicht das Ziel. Die Mehrheit in den nationalen Räten aus SVP, FDP, GLP und Mitte möchte die Kaufkraft der Bevölkerung nicht schützen. So wurden ein vollständiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten und eine umfassende Entlastung bei den Krankenkassenprämien von



eben diesen Parteien verhindert. Zu teuer sei das, argumentierten sie. Einige Monate später war aber genügend Geld vorhanden, um die Credit Suisse mit Milliarden zu unterstützen. Banken werden gerettet, Menschen nicht. Die Bevölkerung wird im Stich gelassen. Noch schlimmer: Es sind diese Parteien, die schützend die Hand über die Profiteure dieser Entwicklungen halten. Denn es leiden noch lange nicht alle unter den hohen Preisen. Gewisse Konzerne profitieren zurzeit von einem Geldsegen. Sie konnten durch die Preiserhöhungen ihre Gewinne stark erhöhen. Ein Beispiel dafür ist der Zuger Rohstoffkonzern Glencore, der sei-

nen Gewinn letztes Jahr auf über 17 Milliarden Dollar steigern und somit verdreifachen konnte. Es ist Geld, welches letztendlich in die Taschen von reichen Aktionär*innen fliesst. Kaum anders wird das Bild aussehen, wenn die SP-Motion zum Mietpreismoratorium behandelt wird. Die Vermieter werden geschützt werden, die Mietenden müssen weiter blechen.

Es kann nicht sein, dass Bundesbern diese Ausgangslage weiterhin ignoriert und für die Reichsten Politik macht. Es braucht andere, linke Mehrheiten. Mehrheiten, die eine Lohnerhöhung von 5 Prozent und Mietpreiskontrollen realisieren. Mehrheiten, die die Übergewinne der Konzerne an die Bevölkerung zurückgeben. Lasst uns dies am 22. Oktober 2023 realisieren!

«Wir lassen euch nicht im Regen stehen»

Wer in den letzten Monaten medizinische Hilfe benötigte, hat wahrscheinlich bemerkt: Die medizinische Versorgung in der Schweiz ist nicht mehr ganz so exzellent, wie sie es einmal war! Lange Wartezeiten, von der Behandlung auf dem Notfall bis hin zur ärztlich verordneten Physiotherapie. Wartezeiten, wenn nach einer Pflegefachperson geklingelt wird. Keine freien Kapazitäten bei Hausärzt:innen. Die Liste liesse sich beliebig fortsetzen.

Noch funktioniert die Versorgung einigermaßen, aber eigentlich nur darum, weil das Gesundheitsfachpersonal viel Goodwill zeigt und versucht, die Versorgungslücken irgendwie zu schliessen. An einem Symposium hat neulich eine Politikerin geäußert, dass die Menschen in der Schweiz doch sehr zufrieden seien mit der medizinischen Versorgung, sonst würde es nämlich öffentliche Demonstrationen geben. Patient:innen gehen nicht auf die Strasse, das stimmt. Aber das Gesundheitsfachpersonal schon. Nicht einfach so wurde die Pflegeinitiative vom Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) lanciert, unterstützt und getragen von den Gewerkschaften. Die deutliche Zustimmung bei der Abstimmung hat gezeigt, dass der Bevölkerung eine gute Gesundheitsversorgung und Zugang zu medizinischen Ange-



Barbara Stocker Kalberer von Strengelbach ist Hebamme und Präsidentin des Schweizerischen Hebammenverbandes. Sie kandidiert am 22. Oktober für den Nationalrat.

boten durchaus wichtig sind und dass es doch irgendwo ein Problem zu geben scheint. Wir wissen es inzwischen alle: Viele Gesundheitsfachpersonen fallen aus, brennen aus, die Dienstpläne können nicht abgedeckt werden, der Stress wird grösser, die Belastung steigt, die Betreuungsqualität sinkt, und die Abwärtsspirale dreht sich.

Zusätzlich muss das Personal in den Spitälern, Heimen und Praxen auch noch als Blitzableiter dienen und den Frust der wartenden Menschen über sich ergehen lassen. Bei der schleppenden Umsetzung der Initiative zeigt sich, dass der Fokus bloss auf die Pflege gelegt wird, und dass nicht das ganze Gesundheitsfachpersonal von Massnahmen wird profitieren können. Das ist umso enttäuschender, als auch in vielen anderen Bereichen die Schwierigkeiten und Sorgen dieselben sind wie in der Pflege. Die gute Nach-

richt: Die Pflegeinitiative hilft allen anderen Playern, ihre Anliegen aufs Tapet zu bringen. So sind in den letzten Wochen die Assistenz- und Oberärzt:innen an die Öffentlichkeit getreten und fordern menschenwürdige Arbeitszeiten ein, und eine Gruppe von Spitalhebammen hat sich zusammengetan und lanciert eine Petition für faire Pikettgeldentschädigungen.

Braucht es einen Rettungsschirm für das systemrelevante Gesundheitswesen? Die Forderungen liegen auf alle Fälle auf dem Tisch: Investitionen in die Ausbildung von Gesundheitsfachpersonal, in die Löhne, in die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und neue Arbeitsmodelle, damit Arbeit und Beruf besser vereinbart werden können. Lassen wir die Menschen im Gesundheitswesen nicht im Regen stehen. Ergreifen wir für sie Partei. Das braucht es nun.

Progressive, konstruktive Gesundheitspolitik – geht das?

Es wird wieder Herbst. So sicher, wie die Blätter der Bäume fallen, werden die Krankenkassenprämien steigen. Und die Gesundheitspolitiker:innen werden wieder aus dem Boden schiessen wie die Pilze. Auch die gehören zum Herbst. Die Telefone werden heiss laufen, nicht nur wegen der SP-Basis kampagne, sondern auch wegen der Versicherer, welche einander die gesunden Patient:innen abluchsen wollen.



Lucia Engeli von Unterentfelden ist SP-Gemeinderätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau, Co-Präsidentin des Fachausschusses Gesundheit und Soziales, Leitende Ärztin Notfall Zentrum Hirslanden Klinik Aarau. Sie kandidiert am 22. Oktober für den Nationalrat.

Woran erkennt frau gute Gesundheitspolitik?

Ich meine: daran, dass es für einmal nicht um Finanzpolitik geht. Und nicht darum, einen Service public abzuschaffen.

Die Kosten steigen, heisst es. Fakt ist: aufgrund von vielen Tausend unbesetzter Stellen und unterbezahlten Fachkräften ist dieser wichtige Wirtschaftssektor völlig unterfinanziert. Es heisst, die Prämien sind zu teuer. Fakt ist: sie sind zu wenig sozial. Jede und jeder zahlt gleich viel Krankenkassenprämien. Egal, wie gross das Einkommen ist. Bernhard Pulver* spricht vom Kostenröhrenblick: Wenn wir versuchen, mit Regulierungen die Kosten in den Griff zu bekommen, verpassen wir es, die richtigen Probleme zu lösen.

Was brauchen wir denn?

Wir brauchen ein Gesundheitssystem, das die Bevölkerung gut versorgt und das sozial finanziert ist. Wir brauchen ein Gesundheitssystem, das seinen Nachwuchs ausbilden kann. Wir brauchen ein Gesundheitssystem, das die gute Medizin fördert.

Und was haben wir?

Aktuell können alle Formen von technischen Untersuchungen oder Behandlungen gut ab-

gerechnet werden. So eine Ultraschalluntersuchung. Gespräche können praktisch gar nicht abgerechnet werden. Dabei sind gute Gespräche das Herzstück jeder ärztlichen Behandlung. Wie sonst sollen wir wissen, was das Problem ist, und erklären, wie wir es abklären würden? Und nicht zuletzt können auch ethische Überlegungen nur im Gespräch ausgetauscht werden. Sie werden immer wichtiger in der modernen Medizin.

Aktuell werden einzelne Untersuchungen zufälligerweise überfinanziert, wie zum Beispiel die Behandlung von Herzinfarkten. Entsprechend gibt es zu viele Herzspezialisten. Die Vorhalteleistungen, die alle erbringen, um dann für den Ernstfall bereit zu sein, kosten die Allgemeinheit viel. Auch das Wettrüsten der Spitäler, um sich gegenseitig die spannenden Leistungsaufträge abzujaagen, kostet enorm viel Geld. Der Kostenröhrenblick mit der Regulierung via Preis führt dazu, dass der Mensch und dessen Versorgung aus den Augen verloren gehen. Dabei handelt es sich hier um einen Service public, der direkt mit sozialer Gerechtigkeit zusammenhängt: Wenn Krankheit etwas ist, was man sich leisten können muss, wenn die medizinische Behandlung nur noch Menschen zur Verfügung steht, die dafür auch zahlen können, ist dies nicht mit den Menschenrechten vereinbar, da es die Würde der Hilfsbedürftigen angreift.

Wir müssen den Horizont öffnen. Wir müssen weg von den Kosten senkenden Massnahmen. Wir müssen hin zu einem Service public, der auch wirklich einer ist. Wir müssen uns getrauen, Versorgungsplanung in den Fokus zu nehmen und eine soziale Finanzierung zu fordern. So können wir Fehlanreize eliminieren und erhalten etwas Besseres für weniger – wie von Zauberhand.

BILDUNGSPOLITIK À LA FDP

Zurück in die Vergangenheit Nicht mit u

Pünktlich zum Wahlkampf fordert die FDP die Einführung der integrativen Heilpädagogischen Prüfung am Ende der Volksschule und wie auch für die Kinder. Die liberale Bildungspolitik führt zurück in die Vergangenheit.

Errungenschaften der letzten Jahrzehnte wie die integrativen Schulungsformen oder innovative Lernlandschaften sollen abgeschafft und anstelle von einer Gesamtbeurteilung soll wieder anhand einer einzelnen Prüfungsleistung selektioniert werden. Dagegen wehren wir uns und stellen bildungspolitische Forderungen, die unsere Aargauer Volksschule stärken.

Statt weniger Ferien zu fordern, sollten wir uns auf die Schaffung von bezahlbaren KITA-Plätzen und flächendeckenden Tagesstrukturen, auch während der Ferienzeit, konzentrieren. Eine Erhöhung der Jahresarbeitszeit des Lehrpersonals aufgrund verkürzter Ferien ist keine akzeptable Option. Wir können es uns nicht leisten, noch mehr Lehrkräfte zu verlieren. Stattdessen müssen wir den Lehrberuf attraktiver gestalten.

Der Check S3 ist bereits ein effektives Instrument zur unabhängigen Standortbestimmung am Ende der dritten Sekundarschulklasse. Ein Revival der Bez-Abschlussprüfung ist nicht notwendig. Stattdessen sollte der Check S3 weiterentwickelt werden, damit Schüler:innen und Lehrkräfte gezielter profitieren und auch die abnehmenden Schulen auf der Sekundarstufe II die Ergebnisse für Fördermassnahmen nutzen können. Diesbezüglich gibt es bereits intensive Bemühungen seitens des Bildungsdepartements auf Initiative der SP.

Die FDP äussert Bedenken gegenüber pädagogischen Konzepten wie Lernlandschaften und dem Churer Modell, die ihrer Meinung nach ohne demokratische Legitimation eingeführt werden. Während sie eine unternehmerische Schulführung befürworten, versuchen sie gleichzeitig vorzuschreiben, wie Kinder lernen sollen, was für uns einen

* Bernhard Pulver war 2006–2018 grüner Berner Gesundheitsdirektor. Heute ist er Verwaltungsratspräsident der Berner Insel-Gruppe.

die nheit?! uns.

FDP Aargau eine kritische Überprüfung, eine flächendeckende Abschluss- weniger Ferien für die Lehrpersonen und eine Bildungsoffensive will vor allem eines:

Widerspruch darstellt. Wir vertrauen auf das Fachwissen unserer Lehrkräfte. Anstelle von starren Vorschriften, wie der Unterricht ablaufen sollte, ist es wichtiger, dass gut qualifizierte Lehrer:innen sowie Heilpädagog:innen an unseren Schulen unterrichten. Wir sind überzeugt, dass kompetenzorientierter Unterricht, Modelle des Lernens in Lernlandschaften und die verstärkte Fokussierung auf individuelle Förderung zukunftsorientierte Ansätze sind und keineswegs «Flops», wie von der FDP behauptet.

Es besteht Einigkeit darüber, dass es Herausforderungen im Bildungsbereich gibt, darunter der Mangel an qualifiziertem Personal, Ressourcenengpässe bei der integrativen Förderung und fehlende Sonderschulplätze. Allerdings lenkt die FDP mit ihren Vorschlägen von den eigentlichen Bildungs Herausforderungen ab. Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, Lehrkräfte und Schulleitungen zu stärken, Eltern einzubeziehen und dringend bessere Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Schule zu schaffen. Eine Rückkehr in die Vergangenheit ist für uns keine Option.



Simona Brizzi von Ennetbaden ist SP-Grossrätin. Sie kandidiert am 22. Oktober für den Nationalrat. Colette Basler von Zeihen ist Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion. Im Oktober kandidiert sie für den Nationalrat. Alain Burger von Wettingen ist SP-Grossrat und SP-Einwohnerat. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Ungerechte Steuern für private Photovoltaikanlagen abschaffen!

Die ungerechte Besteuerung von Photovoltaikanlagen (PVA) im Kanton Aargau bewirkt, dass viele Anlagen nicht rentabel betrieben werden können. Das muss geändert werden. Die SP hat zusammen mit der Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie SSES Aargau zwei Vorstösse vorbereitet und wird diese demnächst zusammen mit anderen Parteien im Grossen Rat einreichen.



Dr. sc. nat. Elmar Kuhn von Suhr ist Mitglied des Fachausschusses Energie und Klima der SP Aargau. Er ist Aargauer Vorstandsmitglied der Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie SSES.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik, wurde in den eidgenössischen Räten im März 2023 neu lanciert. Bis 2035 sollen demnach 35 TWh/Jahr produziert werden. Da kann und müssen die PVA einen wirkungsvollen Beitrag leisten. Nun hat aber der Kanton Aargau – allerdings wie viele andere Kantone – völlig ungerechte Steuerregelungen für private PV-Anlagen.

PVA auf privaten Dächern können zu meist etwa ¼ für den Eigenbedarf nutzen, währenddem ¾ des produzierten Stroms ins Netz für das lokale Energieversorgungsunternehmen eingespiessen werden. Bei Einspeisevergütungen, die bis letztes Jahr zum allergrössten Teil unter 10 Rp./kWh lagen, war ein grosser Anteil der PVA defizitär, also nicht amortisierbar. Obwohl diese Anlagen im Dienst der Allgemeinheit stehen und kaum Gewinn erwirtschaften, müssen sie den ganzen Ertrag versteuern. Man stelle sich vor, die Maschinenindustrie müsste den Umsatz-Ertrag anstelle des Gewinns versteuern, so müsste sie 20–50 Mal mehr versteuern. Wenn ein Unternehmen PVA baut und betreibt, so hat es lediglich den Gewinn zu versteuern. Wir haben also eine krasse Ungleichheit zwischen privaten PVA und

dem Gewerbe bei der Besteuerung von PVA. Private Anlagen sollen demnach nur Steuern für die Einspeisevergütung entrichten oder nur für den Gewinn entrichten. Die Kantone Waadt und Wallis haben entsprechende Regelungen bereits eingeführt. Was hindert den Kanton Aargau daran, den bestehenden Steuerunsinn abzuschaffen?

Die Steuerpraxis des Kantons Aargau enthält eine weitere Ungerechtigkeit: Wenn im Kanton Aargau ein Haus mit PVA gebaut wird, wird dadurch der amtliche Gebäudewert erhöht, was automatisch zu einer Erhöhung des Eigenmietwerts und damit zu einer entsprechenden Erhöhung der Besteuerung führt. Der Inhaber der PVA bezahlt daher Steuern, wie wenn er in einem luxuriöseren Haus wohnen würde, obwohl er ¾ des Stroms für die Allgemeinheit produziert. Sein Mehrwert ist nur derjenige Anteil der PVA, der dem Anteil der Einspeisevergütung entspricht. Der amtliche Wert von PVA sei daher bei Privatpersonen auf 20 Prozent der Anschaffungskosten zu reduzieren.

Verwaltung und Regierung des Kantons Aargau warten gerne ab, bis auf Bundesstufe eine Regelung kommt oder nicht kommt. Die Energieknappheit aufgrund des Ukrainekriegs sowie das Anstreben der Netto-Null-Ziele verlangen nun aber eine rasche Stimulierung des PV-Ausbaus. Was hindert denn den Kanton Aargau daran, den bremsenden Effekt der ungerechten Steuern abzuschaffen?

NEU IN DER GL

Jürg Lienhard

links.ag: Du wurdest am 31. Juli 2022 als aargauischer Oberrichter nach 18 Jahren im Amt pensioniert. Der Parteitag der SP wählte Dich am 24. Juni 2023 in die Geschäftsleitung (GL) der SP Aargau. Was motiviert Dich, nach der Pensionierung in der GL mitzuarbeiten?

Ich bin, seit ich wählen darf, Mitglied der SP. Ich habe beinahe meine ganze Berufslaufbahn in der Justiz gearbeitet, weshalb ich mich aus Rücksicht auf mein Amt einer Zurückhaltung in öffentlicher Politik verpflichtete. Dabei tangierte ein klarer Wertekompass die Teamarbeit im Gericht nie. Heute darf ich mich auch wieder öffentlich positionieren.

Wofür setztest Du Dich besonders ein? Warum?

Von der Ungleichheit der Welt, der Ausbeutung der Länder im Süden betroffen, habe ich mich in der entwicklungspolitischen Bewegung engagiert, den Claro Laden in Aarau mitgegründet. Die Diskussionen um die Grenzen des Wachstums und die Anti-Atomkraft-Bewegung waren Vorläufer der heutigen Klima- und Energiebewegung. Ich bin manchmal erschüttert, dass alle diese Themen heute nach wie vor ungelöst sind. Dass niemand ausser der Linken menschenwürdige Lösungsansätze anbietet, ist Motivation genug, mich weiter für die Ziele einzusetzen, die mir seit über 45 Jahren wichtig sind.

Wie unterscheidet sich die Mitarbeit in einem Parteigremium von der richterlichen Tätigkeit?

Meine juristische Ausbildung und mein Beruf haben mich gelehrt, dass korrekte und tragfähige Entscheide nur mit sauberen, transparenten Verfahren möglich sind. Da kann ich etwas einbringen, auch in die Leitung einer grossen Partei. Ich freue mich, heute mit Freundinnen und Freunden aus allen Altersgruppen an unseren Zielen weiterzuarbeiten.

Jürg Lienhard von Suhr hat sich nach 18 Jahren als Oberrichter nun als Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau zur Verfügung gestellt.

STROMPREISKRISE 2.0

Die Aargauer zahlen 70 Prozent mehr!

Der Ukrainekrieg führt dazu, dass der Strompreis im Aargau bis 2024 um 70 Prozent ansteigen wird (im Vergleich zu 2022). Die Stromverteiler können ihren Strom nicht direkt bei den Schweizer Stromproduzenten zu fairen Preisen einkaufen. Sie müssen ihn auf der internationalen Strombörse beschaffen. Die Aargauer zahlen 500 Mio. Mehrkosten. Unsere Stromproduzenten verbuchen Milliarden Gewinne.



Leo Keller von Aarau ist Präsident des Fachausschusses Energie und Klima der SP Aargau. Dieser Beitrag bringt die persönlichen Ansichten des Autors zum Ausdruck.

Der Ukrainekrieg und der neoliberale Energiemarkt führen zu 70 Prozent Preiserhöhungen

Die Strompreiserhöhung war angekündigt – der Ukrainekrieg zeigt Wirkung. Die Strompreise steigen nicht, weil die Produktionskosten stark steigen, sondern weil die Strombörse und das Merit-Order-Prinzip die Preise weiterhin massiv nach oben drücken. Das ist die Kehrseite der neoliberalen Energiemarkt-Politik, der die Schweiz mit dem Stromversorgungsgesetz (StromVG) 2007 zugestimmt hat. Sie wird wohl im kommenden Jahr zu weiteren Strompreiserhöhungen führen.

Der Ukrainekrieg hat dem Aargau im Durchschnitt im Jahr 2023 eine Strompreiserhöhung von 26 Prozent beschert, für das kommende Jahr werden 35 Prozent angekündigt. Innert 2 Jahren wird der Strompreis im Aargau um 70 Prozent steigen. Dabei gibt es grosse Unterschiede unter den 220 Gemeinden des Aargaus – in den teuersten 10 Gemeinden zahlen die Bezüger 40–48 Rp/kWh, in den 10 Günstigsten nur 21–28 Rp/kWh. Der durchschnittliche Strompreis liegt 2024 im Aargau bei rund 35 Rp/kWh.

Die Schweiz produziert mehr Strom als sie braucht – und zahlt dennoch internationale Preise

Warum steigen die Strompreise für die Grundversorgung in der Schweiz, wenn die Produktionskosten der Schweizer Kraftwerke praktisch konstant bleiben (6–8 Rp/kWh) und die Schweiz pro Jahr 58 TWh produziert, aber nur 57 TWh konsumiert? Warum müssen unsere 600 EVU (Energieverteil-Unternehmen) ihren Strom zum grossen Teil an der internationalen Strombörse – zu internationalen Preisen – einkaufen? Warum können die 100 Aargauer EVU ihren Strom

nicht zu einem fairen Preis (so: 7 Rp/kWh) direkt einkaufen? Weil die Schweiz mit dem StromVG diese Teilmarktöffnung selber beschlossen hat – mit Zustimmung der SP.

Wir müssen diese «Kriegsgewinne» abschöpfen. Und an die wirtschaftlich «Schwachen» rückverteilen.

Die AXPO verkauft ihre ganze Stromproduktion – Gesteuerungskosten 1,5 Mia. – nicht direkt den EVU ihrer Besitzer, sondern an der Börse und erzielt damit 3 Mia. Gewinne (Halbjahresbilanz April 2023). Alles eine Folge der bürgerlichen Schein-Privatisierung der Energiewirtschaft im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik in den oer-Jahren. Die Kriegsgewinne abschöpfen und an die «Schwachen» rückverteilen – das ist die Kurzfristmassnahme.

Stromversorgung ist Service Public – mit einem knappen lebensnotwendigen Gut spekuliert man nicht

Strom ist heute, wie Wasser, Bildung ein öffentliches Gut, das allen Bürgern zu fairen Preisen zur Verfügung gestellt werden soll. Dafür muss der Staat sorgen. So sieht es auch die Verfassung des Aargaus vor. Und darum hatten der Aargau und viele Gemeinden eigene Kraftwerke gebaut oder sich an Firmen beteiligt (so gehören 28 Prozent der AXPO dem Aargau). Darum müssen Kanton und Gemeinden dafür sorgen, dass ihre Stromproduzenten nicht mit dem lebensnotwendigen Gut Strom spekulieren und auf dem Buckel aller Konsumentinnen Superprofite erzielen. Aber genau das geschieht heute.

Die Stromhersteller in der Schweiz gehören den Kantonen und Gemeinden

«Unsere» Firmen (BKW, AXPO etc.) wollen seit 2017 nicht mehr für die Versorgungssicherheit verantwortlich sein. Das sei Sache der Kantone. Die Eigentümer, die Kantone und die Gemeinden, können ihre Firmen wieder verpflichten, die Stromversorgungssicherheit zu fairen Preisen zu garantieren, statt maximale Profite anzustreben. Das muss die SP fordern.

Wir müssen gegensteuern

Die Preisspirale dreht sich. Die Strompreise steigen weiter. Alles wird teurer! Mieten, Lebensmittel, Krankenkassenprämien! Löhne und Pensionen bleiben gleich. Die Kaufkraft von uns allen sinkt. Immer mehr Menschen sind durch eine sich ausbreitende und vertiefende Armut bedroht. Darum braucht es die SP mehr denn je in Bern.



Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Aargau und SP-Grossrat. Er kandidiert am 22. Oktober für den Nationalrat.

Alles wird teurer, die Preise steigen. Der Strompreis im Aargau explodiert um bis zu 38 Prozent und wird zu einer Kettenreaktion führen. Die Preisspirale dreht sich weiter, die Nebenkosten werden steigen. Dinge des alltäglichen Gebrauchs, vor allem Lebensmittel, werden teurer. Die bereits hohen Mieten und teuren Krankenkassenbeträge werden 2024 weiter steigen. Letztere sogar um bis zu 10 Prozent. Die Löhne und Pensionen bleiben gleich und man kann sich immer weniger kaufen. Der Einkaufswagen bleibt halb leer. Die Kaufkraft sinkt.

Die soziale Schere geht immer weiter auseinander, die Armut in der Schweiz nimmt zu. Inzwischen sind mehr als 750 000 Menschen armutsbetroffen, insbesondere Familien mit Kindern, besonders auch alleinstehende Frauen im Pensionsalter.

«Wir müssen gegensteuern! Konkret, sachlich und laut!»

Die Zahl der Menschen, die trotz Erwerbsarbeit als arm bezeichnet werden, nimmt zu. Mitbürger:innen, die aus dem Ausland zugezogen sind, die oft kaum mit ihrem Einkommen über die Runden kommen, trifft die zunehmende Teuerung sehr. Sie verzichten oft – oft auch aus Furcht, ihre Aufenthaltsberechtigung zu verlieren – auf soziale Unterstützungsleistungen.

Die zunehmende Armut schmerzt. Sie grenzt Menschen aus, viele Menschen schränken sich ein und ziehen sich zurück. Sie verzichten auch auf Unterstützung. Oft aus Scham. Armut bedroht unsere Gesellschaft, sie bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gleichzeitig werden hohe Gewinne und Renditen erzielt, die aber nur wenigen zugutekommen. Die bürgerlichen Parteien zeigen gerade im Wahlkampf offen, dass sie sich nicht allen Wählerinnen und Wählern, dem Allgemeinwohl, verpflichtet sehen. Sie betreiben berechnende Interessenpolitik und lobbyieren in den Parlamenten und in den bürgerlichen Medien. Rechtspopulistische Parteien und Politiker:innen setzen auf Spaltung statt Zusammenhalt. Sie setzen auf Emotionen und schüren Ängste. Lösungen bieten sie nicht. Im Gegenteil! Sie verursachen oder verschärfen die Situation und schieben dann arbeitenden und steuerzahlenden Migrant:innen oder Menschen in sozial schwierigen Lagen, die Schuld in die Schuhe.

Wir müssen gegensteuern! Konkret, sachlich und laut! Gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Parteien und Organisationen können und müssen wir das Allgemeinwohl über Einzelinteressen stellen, und armutsbetroffenen Menschen mit konkreten Massnahmen helfen, Menschen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind, Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen entlasten. Wir müssen die Kaufkraft der Bevölkerung stärken und übermässige Gewinne stärker besteuern.

Dafür müssen wir als Partei stärker werden!

Jede Stimme zählt



Am 18. Juni 2023 haben wir die Abstimmung über die Einrichtung einer kantonalen Ombudsstelle mit 50,1 Prozent Nein-Stimmen knapp verloren. Nur 367 Stimmen haben uns von einem Abstimmungserfolg getrennt, und das ist äusserst bedauerlich. Die kantonale Ombudsstelle hätte dazu beigetragen, Konflikte zu lösen, Geld zu sparen und Hürden zwischen Bürger:innen und der Verwaltung abzubauen.

Diese fehlenden 367 Stimmen sind ein deutlicher Weckruf, uns im Wahlherbst noch mehr zu engagieren. Denn von allen Parteien in der Schweiz verfügt die SP über das grösste Wähler:innenpotenzial. Gemäss einer Analyse von Silja Häusermann et al. können sich über 40 Prozent der Schweizer Wählerschaft vorstellen, ihre Stimme der sozialdemokratischen Partei zu geben. Diese Zahl steht jedoch im deutlichen Gegensatz zum tatsächlichen Stimmanteil der SP, welcher in den letzten zwei Jahrzehnten mit unter 20 Prozent weniger als halb so gross war.

Wenn wir in den kommenden vier Jahren für bezahlbare Mieten, tiefere Krankenkassenprämien, faire Löhne, anständige Renten, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Gleichstellung Partei ergreifen wollen, dann müssen wir in den nächsten Wochen die fehlenden 20 Prozent von unseren Ideen und Lösungen überzeugen. Es liegt an uns allen, in unserem sozialen Umfeld Menschen dazu zu bewegen, sich an den Wahlen vom 22. Oktober zu beteiligen. Denn Wählen ist nicht nur ein Recht, sondern auch ein Privileg.

Auf in den Wahlkampf. Alle. Jetzt. Denn jede Stimme zählt!

Alain Burger von Wettingen ist SP-Grossrat und SP-Einwohnerrat. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.



Dr. sc. med. Tatjana Binggeli lebt mit ihrem Ehemann und zwei Kindern in Möhlin. Die Dozentin und Referentin auf den Gebieten Gesundheitswesen und Prävention engagiert sich für Behinderten-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Sie kandidiert am 22. Oktober für den Nationalrat.

Engagiert für Gehörlose

Als einzige Person mit einer Hörbehinderung kandidiert im Kanton Aargau mit mir zum ersten Mal in seiner Geschichte eine Kandidatin für den Nationalrat 2023. Die Zeit dafür ist gekommen.

Als Vorstandsmitglied des Schweizerischen Dachverbands Inclusion Handicap, veretre ich 1,7 Mio. Menschen mit Behinderungen in der Schweiz. Mit Verbesserungen der Invalidenversicherung, Bundessozialversicherung und der rechtlichen Anerkennung der Gebärdensprachen durch das Gebärdensprachgesetz setze ich mich

für Chancengleichheit und eine gerechtere Gesellschaft ohne Benachteiligungen ein.

Ich sehe mich ein Stück weit auch als Pionierin – denn bisher durfte noch keine gehörlose Person im Parlament eine aktive Rolle spielen und die Interessen dieser Minderheit und auch für Bürger ohne und mit Behinderungen

vertreten. Mit meiner Kandidatur möchte ich dies ändern und meinen Beitrag für eine sozialere und inklusivere Sozial-, Gesundheits- und Behindertenpolitik leisten. Inklusion ist ein Menschenrecht und ist für alle. Auch im Parlament.

Ich will das für alle, was für viele Menschen ohne Behinderungen selbstverständlich ist.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74, sekretariat@sp-aargau.ch,
www.sp-aargau.ch
Erscheint 6 Mal pro Jahr / Auflage links.ag: 3066
Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe:
7. September 2023
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
23. Oktober 2023
Erscheinen nächste Nummer:
10. November 2023

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Colette Basler, Tatjana Binggeli, Simona
Brizzi, Alain Burger, Stefan Dietrich,
Lucia Engeli, Mia Jenni, Leo Keller,
Katharina Kerr, Elmar Kuhn, Nora
Langmoen, Jürg Lienhard, Barbara Stocker
Kalberer, Gabriela Suter, Cédric Wermuth.

AGENDA

22. Oktober 2023
**Eidgenössische Wahlen in den Nationalrat und
den Ständerat**
26. Oktober, 19 – 21 Uhr 2023, Aarau, Bullinger-
haus, Jurastrasse 13
Ausserordentlicher Parteitag SP AG

Wir ergreifen Partei

**FÜR
EINE SOZIALE
SCHWEIZ.**

